

Hinweise und Erläuterungen
zu den Schulden der kommunalen Haushalte am 31.12.2022
- EVAS Nr. 71327 -

Allgemeine Hinweise

- Es sind die tatsächlichen Bestände zum 31.12.2022 ohne Berücksichtigung der periodengerechten Abgrenzungen anzugeben, da die Statistik analog zur Kassenstatistik eine **valutagerechte Statistik** ist (Zahlungswirksamkeit ist ausschlaggebend).
- Die Zuordnung der Kredite sowie der Kassenkredite nach Schuldarten erfolgt nach dem **Gläubigerprinzip**; maßgebend ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger bzw. bei Abtretungen der neue Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften finanziert, aber von Kreditinstituten nur ausgezahlt, sind diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften zuzuordnen. Bei Unklarheiten bitten wir um Rückfrage beim Mittelgeber (Förderbank). Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle.
- Maßgeblich für die Erfassung ist der Zeitpunkt des Mittelzuflusses und nicht die Mittelbereitstellung durch den Kreditmarkt (Vertragsabschluss, Emission).
- Bei allen Schulden, für die Wertpapiere (Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere) ausgegeben wurden, entfällt die Aufteilung nach Gläubigern.
- Erfasst wird der Nennbetrag der Schulden ohne Abzug eines Disagios nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten (**Ursprungslaufzeiten**).
- Generell gilt das **Bruttoprinzip**: Eine Verrechnung bzw. Saldierung (auch mit dem Finanzvermögen) ist nicht zulässig.
- Tilgungen:
 - Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt bzw. einem internen Tilgungsfonds zugeführt wurden, dürfen von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden.
 - Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto eines Kreditinstituts eingezahlt und damit dem Zugriff des Schuldners entzogen werden, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.
- Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu dem Kurs in Euro umzurechnen, der für die Rückzahlung vereinbart bzw. der im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften abgesichert wurde. Wenn keine Kurssicherungsvereinbarungen getroffen wurden, ist der jeweilige von der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 31. Dezember im Börsenblatt (beziehungsweise im Internet unter www.ECB.int) veröffentlichte Referenzkurs maßgeblich.
- Nicht als Schulden nachzuweisen sind
 - Eigenbestände von Wertpapieren,
 - Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren),
 - Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen) und
 - Von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden ist.
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) dürfen nicht gemeldet werden.
- Negative Werte sind nicht zulässig.
- Die Schuldenstatistik am 31.12.2022 ist mit den gemeldeten Werten in der vierteljährlichen Kassenstatistik (GfK) IV. Quartal 2022 abzugleichen.

Schuldenaufnahmen

Die Schuldenaufnahmen und -tilgungen sind brutto zu erfassen, eine Saldierung ist nicht zulässig. Als (Schulden-) Aufnahmen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres neu aufgenommenen Darlehen mit dem Nennwert ohne Abzug eines Disagios einzusetzen. Vertragliche Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeiten sind nicht zu berücksichtigen.

Rückzahlungen auf diese Schuldenaufnahmen, die bereits im Berichtszeitraum erfolgten, werden nicht abgesetzt, sondern als Tilgungen nachgewiesen.

Bei Wertpapieremissionen ist der Betrag als (Schulden-) Aufnahme anzugeben, der im Berichtszeitraum auf dem Markt platziert werden konnte.

Schuldentilgungen

Tilgungen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. des Berichtsjahres zurückgezahlten Beträge.

Sonstige Zu- und Abgänge

Wenn hier Werte angegeben werden, geben Sie bitte eine Erläuterung im „Bemerkungsfeld“ an, um Rückfragen zu vermeiden.

Hier sind alle Schuldenzugänge und Schuldenabgänge zu erfassen, die weder Haushaltsmittel zugeführt noch entzogen haben. Hierunter fallen z. B. Veränderungen im Schuldenstand durch Eingliederung vorher selbstständiger Sonderrechnungen bzw. Ausgliederung von Sonderrechnungen.

Schuldumwandlungen bzw. Umschuldungen sind **nicht** bei den sonstigen Zu- und Abgängen einzutragen; die Ablösung des bisherigen Darlehens wird als Tilgung und die Aufnahme des Umschuldungs-/Ablösungsdarlehens als Neuaufnahme (einschließlich entsprechender Angaben zu den Laufzeiten) erfasst.

Berichtigungen:

Wenn die **Endbestände des Vorjahres** nicht mit den an uns ursprünglich gemeldeten Endbeständen übereinstimmen (z.B. durch Rundungsdifferenzen, Korrekturen, Bereichsabgrenzungen), dann unbedingt in der Spalte „Stand am 31.12.2021“ den korrigierten, tatsächlichen Anfangsbestand eintragen. Die Differenzen sind **nicht** bei den sonstigen Zu- oder Abgängen einzutragen!

- Wenn hier Berichtigungen vorgenommen wurden, bitten wir um eine Erläuterung im Bemerkungsfeld, um Rückfragen unsererseits zu vermeiden.

Erläuterungen zu den einzelnen Merkmalen/Codes

Die Daten können auch dem ungeprüften Jahresabschluss der Bilanz oder internen Rechnungsunterlagen entnommen werden, die offizielle Genehmigung der Bilanz (Testat des Wirtschaftsprüfers) muss nicht abgewartet werden.

Nur die zum Stichtag offenen Verbindlichkeiten (nicht die Gesamtverbindlichkeiten) sind zu erfassen.

(1) **Kassenkredite** (ohne Cash-Pooling im öffentlichen Bereich)

➤ *Code P1000 / P1009 bis P1430 / P1439*

Unter Kassenkredite/Kassenverstärkungskredite werden die in der Regel kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen verwendet werden. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung.

Zur Vorfinanzierung von Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommene Zwischenkredite sind als Schulden bei den jeweiligen Kreditarten auszuweisen. Kontokorrentkredite sowie empfangene Barsicherheiten aus Derivatgeschäften (Cash Collaterals) sind hier einzubeziehen.

Kassenkredite müssen in der Höhe der tatsächlichen Inanspruchnahme zum Stichtag eingetragen werden (bitte nicht den Kreditrahmen melden). Eine Saldierung mit positiven Kontoständen (Guthaben) ist nicht zulässig; diese sind in der Finanzvermögenstatistik als Einlagen anzugeben.

Cash-Pool-Führer (CF):

für Cash-Pool-Einheiten aufgenommene Kassenkredite (**nicht-öffentlicher Bereich**)

➤ *darunter Position Code P1600 / P1609*, siehe hierzu Erläuterung bei Punkt 12.

Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse im öffentlichen Bereich siehe hierzu Erläuterung bei Punkt 13.

Cash-Pool Führer (CF): Verbindlichkeiten gegenüber zuführenden Einheiten

➤ *Code P1610 / P1619 bis P1670 / P1679 = Summe in Code P1680 / P1689*, siehe hierzu Erläuterung bei Punkt 14.

Cash-Pool-Einheit (CE): für eigenen Liquiditätsbedarf entnommene Mittel

➤ *Code P1710 / P1719 bis P1770 / P1779 = Summe in Code P1780 / P1789*, siehe hierzu Erläuterung bei Punkt 15.

Ablösungen von Kassenkrediten durch die Hessenkasse:

Die Ablösesumme, die im Jahr 2022 durch die Hessenkasse abgelöst wurde, ist zu berücksichtigen.

- Um Rückfragen zu vermeiden, bitte einen Hinweis über die Höhe der Ablösesumme im Jahr 2022 im „Bemerkungsfeld“ eintragen.

Die insgesamt zu leistenden Eigenbeiträge an das Sondervermögen Hessenkasse gelten als andere sonstige Verbindlichkeiten und sind nicht in der jährlichen Schuldenstatistik mit anzugeben.

Nachweis von Schuldscheindarlehen (SSD):

- SSD für Liquiditätszwecke sind bei den Kassenkrediten (*Codes bei P1XX*) einzutragen, dagegen
- SSD für Investitionszwecke unter den Krediten (*Codes bei P3XXX*).

(2) Bund

Kernhaushalt des Bundes. Sondervermögen des Bundes sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

(3) Länder

Kernhaushalte der Länder einschließlich der Stadtstaaten. Sondervermögen der Länder sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

(4) Gemeinden/Gemeindeverbände

Gemeinden (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden), Gemeindeverbände (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise), Bezirksverbände (Bezirke, Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände).

(5) Zweckverbände und dergleichen

Verbände und sonstige Organisationen in öffentlich-rechtlicher Form, die kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband zum Mitglied haben.

Hierzu gehören:

- Zweckverbände nach den Zweckverbandsgesetzen, ausgenommen: Sparkassenverbände,
- sondergesetzliche Verbände, z. B. Schulverbände gemäß den Schulgesetzen der Länder,
- Nachbarschaftsverbände,
- wasserwirtschaftliche Verbände, Bodenverbände,
- Regionalverbände,
- regionale Planungsverbände,
- Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz,
- Gemeindeverwaltungsverbände,
- Wasserversorgungsverbände,
- Abwasserbeseitigungsverbände,
- Verwaltungsgemeinschaften in Bayern,
- grenzüberschreitende Zweckverbände mit Sitz in Deutschland und
- sonstige Verbände und Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung.

(6) Gesetzliche Sozialversicherung

Träger der gesetzlichen:

- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Unfallversicherung
- Rentenversicherung
- Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit)

sowie

- Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

Kommunale Versorgungskassen und -verbände sowie Träger der öffentlichen Zusatzversorgung sind unter den „Sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

(7) Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Zahlungsbeziehungen mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen die **eigene** Berichtseinheit Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner ist und insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzt.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind:

- eigene Betriebe.

- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.
- juristische Personen des privaten Rechts in den Formen von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die eigene Körperschaft auf Grund der Satzung o.Ä. beherrschen.

Dazu zählen auch Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen.

Nicht dazu zählen Sparkassen und Landesbanken, Einheiten, bei denen die Kommune 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzt sowie Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).

(8) Sonstige öffentliche Sonderrechnungen

Zahlungsbeziehungen mit Sondervermögen des Bundes und der Länder, mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sondervermögen/-rechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen **andere** öffentliche Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) oder die Sozialversicherung Mitglied, Träger oder unmittelbare bzw. mittelbare Anteilseigner sind und diese insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzen.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind:

- Betriebe des Bundes und der Länder im Sinne des § 26 BHO/LHO.
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- und Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.
- juristische Personen des privaten Rechts in der Form von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt.

Dazu zählen auch kommunale Versorgungskassen und -verbände.

Nicht dazu zählen Einheiten, bei denen öffentliche Körperschaften oder die Sozialversicherung 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzen sowie Sparkassen, Landesbanken, Wirtschafts- und Berufsvertretungen und Kirchen.

Folgende Kredite müssen bei den sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen (öffentlicher Bereich), jeweils nach **Ursprungslaufzeiten** bei **Code P318X, P319X oder P320X** angegeben werden:

- **Hessischer Investitionsfonds (HIF)**

Abteilung A § 6 InvFondsG (ausschließlich für Investitionen der Hessentagstädte)

Abteilung B § 11 InvFondsG (Darlehen mit Ansparverpflichtung)

Abteilung B § 12 InvFondsG (Darlehen mit verkürzter Ansparzeit)

Abteilung B § 13 InvFondsG (Finanzierung kommunaler Investitionsprojekte)

- **Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“**

Das Sondervermögen dient der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Virus Pandemie.

- **Sonderprogramm „Ablösung der kommunalen Kirchenbaulasten“**

Mittel aus dem Sondervermögen des Hessischen Investitionsfonds-Abteilung A

Kredite bei der **Waldeckischen Domonialverwaltung** sind ebenfalls hier nachzuweisen (100prozentiger Eigner ist eine Kreisverwaltung).

(9) Kreditinstitute

Kreditinstitute sind alle Institutionen im In- und Ausland, die finanzielle Mittlertätigkeiten ausüben und deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Einlagen u. Ä. von juristischen und natürlichen Personen aufzunehmen, Kredite zu gewähren oder in Wertpapiere zu investieren.

Zu den Kreditinstituten zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Geschäftsbanken, Universalbanken
- Genossenschaftsbanken, Kreditgenossenschaften
- Spezialbanken (z. B. Merchant Banks, Emissionshäuser, Privatbanken)
- Bausparkassen

Nicht zu den Kreditinstituten zählen etwa Börsen sowie sonstige Finanzintermediäre.

Folgende Kredite müssen bei den **Kreditinstituten** (nicht öffentlicher Bereich), jeweils nach Ursprungslaufzeiten bei **Code P321X, P323X oder P325X** angegeben werden:

- **Frühere Verträge mit der LTH / IBH (u.a. Landesbaudarlehen)** sind durch den damaligen Zusammenschluss auf die **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank)** übergegangen und somit bei den Kreditinstituten einzutragen.
- **Hessischer Investitionsfonds (HIF)**

Abteilung C § 16 InvFondsG (Kapitalmarktdarlehen mit verbilligtem Zinssatz durch einen Zinszuschuss des Landes).

- **Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) / Landesprogramm - Darlehen der WI-Bank**

Die Kreditaufnahme ist in voller Höhe in der Schuldenstatistik unter **Code P3251** „Kredite bei Kreditinstituten, Laufzeit über 5 Jahre, Eurowährung“ anzugeben.

Die gesamte Tilgung ist in der Schuldenstatistik unter **Code P 3252** „Kredite bei Kreditinstituten, Laufzeit über 5 Jahre, Eurowährung“ anzugeben.

- **Bundesprogramm - Darlehen der WI-Bank als Komplementärfinanzierung -**

Der Eigenanteil, den die Kommune als Darlehen bei der WI-Bank aufgenommen hat, ist in der Schuldenstatistik bei den „Kreditinstituten, Laufzeit über 5 Jahre, Eurowährung“ anzugeben.

- **Kredite aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm (SIP)**

(Bundes/Landes- Programme) werden mit 100% bei den „Kreditinstituten“ (WI-Bank) eingetragen. Die Tilgungsleistungen sind ebenfalls in voller Höhe anzugeben.

- **Abschlussprogramm kommunale Altlasten**

Zur Finanzierung der Investitionskosten bei der Sanierung von Altlasten bietet die WI-Bank Darlehen in Höhe der förderfähigen Ausgaben an. (Das Land beteiligt sich an der Tilgung der Darlehen in einer Bandbreite von 60% bis 80% und ermöglicht außerdem eine Zinsvergünstigung von einem Prozentpunkt).

- **Darlehen (Aufstockungsbetrag) im Rahmen des Familienpflegezeitgesetzes**

Es gibt zur Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf das Familienpflegegesetz. Arbeitnehmer können für eine Dauer von 2 Jahren ihre Arbeitszeit reduzieren, während der Arbeitgeber einen

Aufstockungsbetrag zahlt. Für diesen Aufstockungsbetrag kann der Arbeitgeber ein Darlehen erhalten. Auf Grundlage von Vereinbarung und Nachweisen gewährt die staatliche KfW-Bank (hier erfolgt eine Refinanzierung über Globaldarlehen) über das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben dem Arbeitgeber auf dessen schriftlichen Antrag hin ein zinsloses Darlehen.

- **Investitionsprogramm der Hessenkasse (Abteilung III)**

Das bei der WI-Bank zur Finanzierung des Eigenanteils auf das Zuschusskontingent aufgenommene Darlehen ist in der Schuldenstatistik bei den „Krediten bei Kreditinstituten, Laufzeit über 5 Jahre, Eurowährung“ anzugeben.

Eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internet-seite der Europäischen Zentralbank unter https://www.ecb.europa.eu/stats/money/mfi/gene-ral/html/daily_list-MID.en.html.

(10) Sonstiger inländischer Bereich

Alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kreditinstitute sind.

Dazu zählen auch:

- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- rechtsfähige Vereine, Stiftungen
- nichtrechtsfähige Vereine, sonstige nichtrechtsfähige Personengemeinschaften

Eigene Beteiligungen, Beteiligungen anderer Gebietskörperschaften und/oder Beteiligungen der Sozialversicherung, deren Anteile bzw. Stimmrechte insgesamt 50 % oder weniger betragen, sind hier auch einzubeziehen.

Natürliche und juristische Personen, die den bisher benannten Bereichen nicht zugeordnet wurden, insbesondere Organisationen ohne Erwerbscharakter (einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen) in öffentlich-rechtlicher (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts) oder privatrechtlicher (eingetragene Vereine, privatrechtliche Stiftungen, BGB-Gesellschaften) Rechtsform, soweit diese nicht als Unternehmen oder Teil eines Unternehmens zu betrachten sind.

Hierzu gehören:

- Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen,
- Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege,
- Organisationen in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege,
- Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen,
- Wirtschaftsverbände und öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen,
- Gewerkschaften und
- politische Parteien.

Folgende Kredite müssen beim sonstigen inländischen Bereich (nicht-öffentlicher Bereich), jeweils nach Ursprungslaufzeiten bei *Code P327X, P328X oder P329X* angegeben werden:

- **Brauereidarlehen** (Bierliefervertrag mit einer Brauerei, der inhaltlich einem Darlehen gleichkommt).

(11) Sonstiger ausländischer Bereich

Natürliche und juristische Personen des Auslandes, soweit sie nicht zu den Kreditinstituten zählen, sind unter anderem auch:

- europäische Gemeinden
- Internationale Organisationen, Einrichtungen der Europäischen Union
- Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften)

(12) Cash-Pool-Führer (CF): für Cash-Pool-Einheiten aufgenommene Kassenkredite

➤ *darunter Position: Code P1600 / P1609*

Es sind vom Cash-Pool-Führer (CF) Eintragungen vorzunehmen, wenn von diesem bei negativem Zahlungsmittelbestand des Cash-Pools /der Einheitskasse /der Amtskasse Gelder beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommen werden (müssen).

Weitere Informationen sind dem im IDEV-Formular eingebetteten Merkblatt „Cash-Pooling“ zu entnehmen.

(13) Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse im öffentlichen Bereich

Unter Cash-Pooling sind Liquiditätsverbünde zu verstehen, bei denen Einheiten im Rahmen eines gemeinsamen Finanzmanagements liquide Mittel zusammenführen, sodass alle teilnehmenden Einheiten bei Bedarf darauf zurückgreifen können. Durch Cash-Pooling können „externe“ Kassenkreditaufnahmen (z. B. bei einem Kreditinstitut) vermieden oder überschüssige Gelder gemeinsam angelegt werden.

Für Cash-Pools gilt regelmäßig:

- Ein Cash-Pool-Führer verwaltet den Cash-Pool dauerhaft
- Teilnehmerkreis am Cash-Pool besteht in der Regel aus Einheiten des öffentlichen Bereichs
- Längerfristig angelegtes gemeinsames Finanzmanagement (keine einmaligen Sachverhalte), gegebenenfalls mit spezieller Vereinbarung
- Ein positiver beziehungsweise negativer Saldo einer Cash-Pool-Einheit entspricht der Forderung beziehungsweise der Verbindlichkeit der Einheit gegenüber dem Cash-Pool (ähnlich einem Bankkonto beziehungsweise Dispo-Kredit). Der Cash-Pool-Führer meldet spiegelbildlich Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber der Cash-Pool-Einheit
- Der eingezahlte Überschuss einer Einheit kann zeitweise von anderen Einheiten inklusive dem Cash-Pool-Führer selbst genutzt werden

Hierzu zählen auch Einheitskassen (z. B. Landeshauptkassen) /Amtskassen o. Ä., in deren Rahmen Gelder der Cash-Pool-Einheiten (z. B. Gemeinden) an den zugehörigen Cash-Pool-Führer (z. B. Gemeindeverband) abgeführt werden beziehungsweise durch den Cash-Pool-Führer direkt vereinahmt/verausgabt werden.

Nicht zu Cash-Pooling zählen:

- Gemeinsame Verwaltung von Sichteinlagen, ohne die Möglichkeit auf die Liquidität anderer zurückzugreifen
- Treuhänderisch verwaltete Mittel
- Weitergeleitete Darlehen
- Kassenkredite/Ausleihungen, denen kein übergeordneter Cash-Pool zugrunde liegt

Im Rahmen von Gewinnabführungsverträgen zu leistende Zahlungen an die Muttergesellschaft u. Ä. sind als „Sonstige Verbindlichkeiten“ zu behandeln und daher nicht in der Schuldenstatistik auszuweisen. Ausleihungen im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse sind entsprechend in der Finanzvermögenstatistik auszuweisen.

- Eine rein fiktive Verrechnung von Soll- und Habenzinssätzen zur Zinsoptimierung ist nicht als Cash-Pooling zu erfassen.

Für die beiden nächsten Erläuterungen 14 und 15 gilt:

Der **Cash-Pool-Führer (CF)** muss in seinen statistischen Meldungen zwei Perspektiven berücksichtigen: Einerseits ist er eine am Cash-Pool teilnehmende Einheit (CE), die – wie alle anderen auch – Überschüsse einzahlen und Liquiditätsbedarf über den Cash-Pool decken kann. Andererseits gibt er die Meldung für den Cash-Pool als Gegenpartei aller Cash-Pool-Einheiten (einschließlich sich selbst) ab.

(14) **Cash-Pool-Führer (CF):** Verbindlichkeiten gegenüber zuführenden Einheiten

➤ *Code P1610 / P1619 bis P1670 / P1679 = Summe in Code P1680 / P1689*

Führen Cash-Pool-Einheiten (CE) dem Cash-Pool/der Einheitskasse/der Amtskasse liquide Mittel zu, dann weist der **Cash-Pool-Führer (CF)** die Verbindlichkeiten gegenüber diesen Einheiten aus.

(15) **Cash-Pool-Einheit (CE):** für eigenen Liquiditätsbedarf entnommene Mittel

➤ *Code P1710 / P1719 bis P1770 / P1779 = Summe in Code P1780 / P1789*

Die Cash-Pool-Einheiten (CE) weisen diejenigen Gelder aus, die diese für den eigenen Liquiditätsbedarf aus dem Cash-Pool/der Einheitskasse/der Amtskasse entnommen haben. Entnimmt der Cash-Pool-Führer (CF) dem Cash-Pool bzw. der Einheits- oder Amtskasse für sich selber liquide Mittel, ist er in diesem Sachverhalt ebenfalls eine **Cash-Pool-Einheit (CE)** und hat diese Entnahme hier auszuweisen.

(16) **Endbestand des Vorjahres**, gegebenenfalls durch die Berichtsstelle berichtigt. (siehe Hinweis zu Berichtigungen)

(17) **Geldmarktpapiere**

➤ *Code P2020 bis P2029 und P2030 bis P2039*

Kurzfristige Wertpapiere, deren Ursprungslaufzeit bis einschließlich ein Jahr beträgt, z. B.:

- unverzinsliche Schatzanweisungen
- Landesschatzanweisungen

Unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Ursprungslaufzeit über ein Jahr sind unter "Sonstige Kapitalmarktpapiere" (siehe 20) auszuweisen.

(18) Kapitalmarktpapiere

- *Code P2040 bis P2049, P2050 bis P2059, P2140 bis P2149, P2150 bis P2159, P2160 bis 2169 und P2170 bis P2179*

Langfristige Wertpapiere, deren Ursprungslaufzeit über ein Jahr beträgt.

Hierzu zählen z. B.:

- Inhaberschuldverschreibungen
- Anleihen
- Obligationen
- durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere
- Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditkartenverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und von sonstigen Verbindlichkeiten begeben werden

(19) Anleihen – Laufzeit über 5 Jahre

- *Code P2040 bis P2049 und P2050 bis P2059*

Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit **bis** einschließlich fünf Jahre sind unter „Sonstige Kapitalmarktpapiere“ (siehe 20) zu melden.

(20) Sonstige Kapitalmarktpapiere

- *Code P2140 bis P2149, P2150 bis P2159, P2160 bis 2169 und P2170 bis P2179 und darunter Position: zur Liquiditätssicherung aufgenommen Code P2890 bis P2899*

Hierunter fallen auch unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Ursprungslaufzeit über ein Jahr und Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit bis einschließlich fünf Jahre.

(21) Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten)

- *alle Codes P3XXX*

Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers gewähren und diese Mittel entweder in einem nicht begebaren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind. Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:

- Die Bedingungen eines Kredites werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt.
- Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss.

Zu den Krediten zählen auch **Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke**.

Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Restschuld anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.

(22) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen

- *Code P5000 / P5009*

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen entstehen durch einen zeitlichen Abstand zwischen einer Warenlieferung beziehungsweise einer Dienstleistungserbringung und der hierfür erforderlichen Zahlung.

Hier sind alle Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die bis zum Erhebungsstichtag in Anspruch genommen (Leistungserbringung), aber noch nicht bezahlt wurden sowie erhaltene Anzahlungen für angefangene oder geplante Arbeiten beziehungsweise für künftige Waren und Dienstleistungslieferungen.

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltenen Anzahlungen gehören insbesondere

- Verbindlichkeiten aus Zahlungsrückständen der Berichtseinheit für von Dritten gelieferte Waren oder erbrachte Dienstleistungen (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt); dies schließt insbesondere „Zahlung auf Ziel“ mit ein.

- Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen von Dritten für noch nicht (gänzlich) ausgelieferte Waren oder erbrachte Dienstleistungen der Berichtseinheit (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt).
- aufgelaufene Gebäudemieten (diese beinhalten auch die Betriebskostenzahlungen)
- von Factoring-Gesellschaften übernommene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sofern sie nicht den Krediten zuzurechnen sind.

Nicht dazu zählen Löhne und Gehälter, Sonstige Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus **Zuweisungen** und Finanzierungsleasing, ÖPP-Projekte sowie **Verbindlichkeiten aus einem Ergebnisabführungsvertrag (EAV)**.

(23) Mit nachverhandelten Vertragsbedingungen

- *darunter Position: Code P5100 / P5109*

Wenn es zwischen Berichtsstelle und Lieferant zu einer einvernehmlich ausgehandelten Änderung der Vertragsbedingungen kommt, die Anpassungen hinsichtlich einer Verzinsung beinhaltet und daher über eine bloße Laufzeitverlängerung hinausgeht.

(24) Von Factoring-Kapitalgesellschaften übernommen

- *darunter Position: Code P5200 / P5209*

Hier sind alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die durch ein „echtes Factoringverfahren“ veräußert wurden. Hierbei erlischt die Zahlungsverpflichtung der Berichtsstelle gegenüber dem Lieferanten.

(25) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden

- *Code P6000 / P6009, P6010 / P6019 und P6020 / P6029*

Hier werden nur die Verbindlichkeiten aufgeführt, die beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden. Darlehensaufnahmen gegen hypothekarische Sicherung und nicht gesicherte Schuldenaufnahmen sind nur bei der entsprechenden Schuldart (z. B. Schulden bei Kreditinstituten) zu erfassen.

(26) Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften sowie Forfaitierung mit Einredeverzicht

- *Code P6030 / P6039*

Als Restkaufgeld ist der noch nicht gezahlte (Teil-) Betrag einer Kaufsumme zu verstehen; dieser kann auch hypothekarisch durch Eintragung ins Grundbuch gesichert werden (Restkaufgeldhypothek). Restkaufgelder mit oder ohne hypothekarische Sicherung sind ohne Rücksicht auf den Gläubiger auszuweisen und nicht in eine andere Schuldart mit einzubeziehen.

Hierzu zählen auch Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen, wenn ein Einredeverzicht bei der Bank geleistet wurde, also kein Recht auf Kürzung bei Minderleistung besteht. Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen **ohne** Einredeverzicht sind **nicht** zu erfassen.

(27) Finanzierungsleasing

- *Code P6040 / P6049*

Ein Finanzierungsleasingvertrag ist dann anzunehmen, wenn der Vertrag über einen bestimmten Zeitraum verbindlich abgeschlossen wird. Während der sogenannten Grundmietzeit kann der Vertrag nicht gekündigt werden.

Maßnahmen zur Werterhaltung (Wartung und Versicherung) trägt der Leasingnehmer. Die Vertragslaufzeit erstreckt sich i. d. R. auf die überwiegende Nutzungsdauer.

Hier ist die insgesamt eingegangene Verpflichtung (=Leistungssumme) aus Leasingverträgen abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraumes geleisteten Tilgungen und Zinsen nachzuweisen

(28) ÖPP-Projekte

Bei Projekten aus öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP-Projekte) handelt es sich um langfristige Verträge zwischen einem staatlichen und einem privaten Partner über die Bereitstellung von Dienstleistungen durch die Nutzung eines bestimmten Vermögensgutes. Kriterien für die Klassifikation eines Vertrags als ÖPP sind das Vorliegen einer erheblichen Anfangsinvestition, die Festlegung einer durch den privaten Partner bereitzustellenden Dienstleistung unter Nutzung des Vermögensgutes und die Zahlung regelmäßiger Raten (inklusive Zinsen) vom staatlichen Partner an den privaten Partner.

Ein ÖPP-Projekt kann **nicht** zwischen einem Kern- und einem Extrahaushalt abgeschlossen werden. Bei Verträgen zwischen diesen beiden Haushalten liegt überwiegend ein Werksvertrag vor, deren Verbindlichkeit als „**Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen**“ (siehe 22) (*Code P5000 / P5009*) anzusehen und dort auszuweisen ist.

(29) Projektsummen insgesamt

➤ *Code P6060 / P6069*

Hier sind die vertraglich vereinbarten Projektsummen (inklusive Zinsen) aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. *Sollten Zinszahlungen vereinbart worden sein, die vom Verbraucherpreisindex (VPI) abhängig sind, müssen auch diese dem Endbestand hinzugerechnet werden.*

„Bisher geleistete Zahlungen“ (siehe 30) sind hierbei **nicht** abzuziehen.

(30) Bisher geleistete Zahlungen

➤ *Code P6070 / P6079*

Hier ist die Gesamtsumme aller bisher geleisteten Zahlungen (*inklusive Zinsen*) des staatlichen Partners an den privaten Partner aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. Im Lebenszyklus von ÖPP-Projekten **können** die geleisteten Zahlungen die gesamte Projektsumme übersteigen.

(31) Energie-Einspar-Contracting (Finanzierung durch Contractinggeber)

Als Energie-Einspar-Contracting (auch Energiesparverträge oder Energy-Performance-Contracting) werden vertraglich geregelte Kooperationsformen im Bereich der Energie-dienstleistung bezeichnet. Die Vereinbarungen umfassen in der Regel die Planung, Finanzierung und Errichtung/Modernisierung sowie die Betriebsführung/Instandhaltung der Anlagen und die Erstellung eines Energieversorgungs-konzeptes durch einen Dienstleister (Contractinggeber) mit dem Ziel, Energiesparpotentiale zu erschließen, ohne dass der Eigentümer die hierfür notwendigen Investitionen tätigen muss. Die Refinanzierung der Energiesparmaßnahmen erfolgt während der Laufzeit des Vertrages durch eine regelmäßige, erfolgs-abhängige vertraglich vereinbarte Vergütung an den Contractinggeber, welche sich aus den garantierten Energiekosteneinsparungen zusammensetzt.

Vereinbarungen im Rahmen von Energieliefer-Contracting sind hier nicht zu berücksichtigen.

(32) Investitionssummen insgesamt

➤ *Code P6080 / P6081 / P6089*

Erfolgt bei einem Energie-Einspar-Contracting die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen durch den Contractinggeber, ist hier die Investitionssumme anzugeben. Die Investitionssumme entspricht den im Vertrag genannten Ausgaben für die erforderlichen Baumaßnahmen (Planungsleistungen, Bauleistungen, Heizungsanlage, Dämmung, Fenster etc.) einschließlich eventueller Baukostenzuschüsse, die dem Contractinggeber gewährt werden. Es sind die ursprünglichen Investitionssummen anzugeben.

Bisher geleistete Zahlungen sind hierbei **nicht** abzuziehen.

Erfolgt die Finanzierung nicht durch den Contractinggeber, sind hier **keine** Angaben zu machen.

(33) Geleistete Baukostenzuschüsse

➤ *darunter Position: Code P6090 / P6091 / P6099*

Sofern dem Contractinggeber Baukostenzuschüsse für die Durchführung des Vorhabens gewährt werden, sind diese hier anzugeben.

(34) Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen

➤ *Gegenüber dem öffentlichen Bereich:*

Code P7910 / P7919, darunter Position: P7950 / P7959

➤ *gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich:*

Code P7930 / P7939, darunter Position: P7940 / P7949 (siehe unten bei 35)

Alle Bürgschaften im Sinne des § 765 BGB einschließlich Nach- und Ausfallbürgschaften beim Wohnungsbau sowie Patronatserklärungen (harte Patronatserklärungen), welche eine sogenannte Liquiditätsausstattungs-garantie beinhalten, sind mit den vertraglich übernommenen Haftungssummen (aber nicht in Anspruch genommenen), nicht dagegen mit den gesamten Kreditsummen und nicht mit den durch Gesetz oder Haushaltssatzung festgestellten Ermächtigungssummen anzugeben.

Auf Bürgschaften gezahlte Beträge (Schadensfälle oder Tilgungen der Haftungssumme) sind abzusetzen.

Bürgschaften, die voll durch Rückbürgschaften gesichert sind, sind nicht einzubeziehen; von Bürgschaften, die nur teilweise durch Rückbürgschaften gesichert sind, ist der ungedeckte Teil anzugeben.

Einzubeziehen sind auch die übernommenen Garantien und sonstigen Gewährleistungen (z. B. Kreditaufträge nach § 778 BGB, Schuldmitübernahmen, Gewähr-(Garantie-) Verträge, Ausbietungsgarantien, Wechselbürgschaften).

Die Differenzierung der Bürgschaften (Sicherheitsleistungen) erfolgt **nach dem Sicherheitsnehmer**. Sicherheitsnehmer ist diejenige Person, deren finanzielles Risiko durch die Sicherheitsleistung teilweise oder vollständig beseitigt wird. Sicherheitsnehmer ist hier der Kreditgeber.

(35) Öffentlich bestimmte Kreditinstitute

➤ *darunter Position; Code P7940 / P7949*

Hierzu zählen insbesondere:

- Sparkassen⁷⁾, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Bausparkassen

⁷⁾ Folgende 5 Sparkassen sind nicht kommunal gebundene Sparkassen (nicht im Besitz oder unter Kontrolle einer öffentlichen Gebietskörperschaft) und dürfen nur unter dem *Code P7930 / P7939* angegeben werden, hier entfällt die darunter-Position gegenüber öffentlich bestimmten Kreditinstituten, *Code P7940/P7949*:

Bordesholmer Sparkasse AG, Die Sparkasse Bremen AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Hamburger Sparkasse AG und Sparkasse Mittelholstein AG.

(36) Schuldenübernahme

➤ *Code P4109 bis P4199, P4209 bis P4299, P4309 bis P4399*

Bei einer Schuldenübernahme handelt es sich um eine vertragliche Vereinbarung zwischen mindestens drei Parteien: dem Gläubiger, dem ursprünglichen Schuldner und einem neuen Schuldner. Im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung übernimmt der neue Schuldner die gesamten oder zumindest einen Teil der ausstehenden Verbindlichkeiten (Schulden) des ursprünglichen Schuldners und verpflichtet sich dabei, diese an den Gläubiger zurückzuzahlen.

Es sind nur die übernommenen Schulden von Kassenkrediten, Krediten und Wertpapierschulden zu melden. Diese sind unter der Ebene einzutragen, zu der die Berichtseinheit gehört, deren Schulden übernommen wurden.

Die durch Eingliederung bzw. Zusammenschluss von Einheiten übernommenen Schulden sind **nicht** einzubeziehen.

Die Schuldenübernahme ist auch Bestandteil der Meldung zu den Schuldenständen der Positionen „Kassenkredite“, „Wertpapierschulden“ oder „Kredite“. Bei den beiden letztgenannten Positionen fallen diese unter die „Sonstigen Zugänge“.

Eine Schuldmitübernahme ist nicht hier, sondern im Bereich „Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen“ (siehe 34) zu erfassen.

(37) Fälligkeiten der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich

➤ *Code P8209 bis P8319, P8409 bis P8519 und P8609 bis P8719*

Es sind die planmäßig fällig werdenden Tilgungen für die am Erhebungsstichtag bestehenden Schulden getrennt nach Kassenkrediten, Wertpapierschulden und Krediten jeweils beim nicht öffentlichen Bereich, gegliedert nach den fünf folgenden Jahren und dem darüberhinausgehenden restlichen Zeitraum, anzugeben. Variabel verzinsten Schuldarten sind im jeweiligen Rechnungsjahr als „darunter-Position“ anzugeben. Hierzu zählen auch Kreditvereinbarungen mit Derivaten.

Der nicht - öffentliche Bereich umfasst:

- Kreditinstitute (siehe 9)
- sonstiger inländischer Bereich (siehe 10)
- sonstiger ausländischer Bereich (siehe 11)

Bei den planmäßig fällig werdenden Tilgungen der Kassenkredite (*Code P8209 bis P8319*), der Wertpapierschulden (*Code P8409 bis P8519*) und der Investitionskredite (*Code P8609 bis P8719*) ist darauf zu achten, dass der Zeitraum der Fälligkeiten nicht länger sein kann als die Ursprungslaufzeiten der Kassenkredite, Wertpapierschulden und Investitionskredite.